

**Individualverkehr in
der Innenstadt**
Pro und Contra [Ab S. 10](#)

Öffnungszeiten
Neuerungen in SH
und MV [Ab S. 12](#)



**Handelsverband
Nord**

Hamburg · Schleswig-Holstein
Mecklenburg-Vorpommern

Handel(n) im **NORDEN**

Das Mitgliedermagazin des Handelsverband Nord

03.2025 **#1**



**Top Thema Büro-
kratie: Im Gespräch
mit Wirtschafts-
minister Claus Ruhe
Madsen** [Ab S. 04](#)



Liebe Mitglieder des Handelsverband Nord,

„andere machen Geschäfte und wir füllen Zettel aus.“ So könnte man die Stimmung unter deutschen Unternehmen, befragt nach ihrem bürokratischen Aufwand, zusammenfassen. Als das Statistische Bundesamt 2023 eine Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau startete, kamen sage und schreibe 442 Vorschläge zusammen. Darunter zum Beispiel auch der Wunsch nach einer Ausnahmeregelung für Kleinbetriebe, einen Abfallbeauftragten stellen zu müssen. Man stelle sich vor, ein Kleinstunternehmen in Familienhand, in dem der Inhaber zeitgleich der Abfallbeauftragte ist! Andererseits wurden selbstverständlich auch die großen Themen genannt, wie Änderungen am Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz oder Vorschläge zur Erleichterung der Anstellung von Mitarbeitenden aus dem Ausland. Aber auch die Stichtagsregelung bei Genehmigungsverfahren, so wie unser Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen sie fordert, stehen auf der Liste – ich empfehle dazu das spannende Interview auf Seite 4.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio sagt, dass wir ein Übermaß an Gesetzen und Vorschriften haben und es komplett unrealistisch sei, diese alle zu befolgen. Nur

weil wir alle diese regelmäßig übertreten, würde es bei uns laufen. Der bürokratische Ungehorsam kann jedoch sicher kein Weg aus der Misere sein. Fakt ist jedoch, dass unsere Wettbewerbsfähigkeit empfindlich durch die ausufernde Bürokratie eingebremst wird. Lösungen hierzu müssen maßgeblich aus Europa kommen. Hoffen lassen daher die jüngst durch die EU-Kommission genannten Maßnahmen zum Bürokratieabbau. Dadurch sollen jährlich 6,3 Milliarden Euro Verwaltungskosten eingespart werden. Zudem erwartet die Kommission, durch die Deregulierungen der EU-Vorschriften Investitionen in Höhe von 50 Milliarden Euro anzustoßen. Der sogenannte Omnibus-Vorschlag sieht Vereinfachungen u.a. bei der Nachhaltigkeitsberichterstattung, der Taxonomie-Verordnung und der europäischen Lieferketten-Richtlinie vor. Die Reform soll die Berichtspflichten um 25 Prozent reduzieren, bei KMU sogar um 35 Prozent. Dies alles war längst überfällig, hoffen wir, dass die Umsetzung rasch erfolgt!

Apropos Gesetze und Verordnungen: In MV gilt nun die neue, liberalere Öffnungszeitenverordnung und in SH soll das Ladenöffnungszeitengesetz für personalfreie Verkaufsstellen geöffnet werden. Auch hierüber berichten wir in der vorliegenden Ausgabe. Aufmerksam machen möchte ich Sie zu guter Letzt noch auf unseren Wettbewerb „Personal Award“, mit dem wir nach den Besten in Ihren Unternehmen suchen. Vielleicht auch für Sie eine gute Möglichkeit, Ihren engagiertesten Mitarbeitenden zu zeigen, wie wertvoll ihr Beitrag für Ihren Erfolg ist.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein interessantes Lesevergnügen,

Ihr

DIERK BÖCKENHOLT

Hauptgeschäftsführer
Handelsverband Nord

Die Geschäftsstellen des Handelsverband Nord

Hauptgeschäftsstelle Kiel

Hopfenstraße 65
24103 Kiel
0431-97407-0
info@hvnord.de

Geschäftsstelle Hamburg

Große Bäckerstraße 3
20095 Hamburg
040-369812-0
hh@hvnord.de

Geschäftsstelle Rostock

Kröpeliner Str. 92
18055 Rostock
0381-453332
hro@hvnord.de

Geschäftsstelle Schwerin

Graf-Schack-Allee 10a
19053 Schwerin
0385-3977136
sn@hvnord.de

Geschäftsstelle Neubrandenburg

Jahnstr. 3 d
17033 Neubrandenburg
0395-581480
nb@hvnord.de

04

Bürokratie: Wirtschaftsminister Madsen im Interview



Foto: Wirtschaftsministerium SH



Foto: Adobe Stock | #337024806 | William

Neue Öffnungszeiten für MV

16

Gerichtsverhandlung per Video-konferenz



Foto: Adobe Stock | #327532802 | Mangostar

IMPRESSUM

Herausgeber: Handelsverband Nord e. V., Hopfenstraße 65, 24103 Kiel, info@hvnord.de | Redaktion: Annett Rabe, Hopfenstraße 65, 24103 Kiel, Telefon: 0431 97407 0, Fax: 0431 97407 24
V.i.S.d.P. Dierk Böckenholt



TOP THEMA BÜROKRATIE

- 04 **Interview mit Claus Ruhe Madsen:**
Bürokratie verändern
Mehr smart – weniger Staat
- 07 **Zuversicht wirkt selbsterfüllend**
Mehr Nüchternheit in den aktuellen Debatten fordert HV Nord Präsident Andreas Bartmann
- 09 **Papierkram versus Produktivität**
Getränkeland Chef Axel Heidebrecht über die alltäglichen Herausforderungen



AUS UNSEREN BUNDESLÄNDERN

- 10 **Wie kommt der Mensch in die Innenstadt?**
Für & Wider den motorisierten Individualverkehr in der City
- 11 **Jetzt anmelden zum Personal Award 2025**
- 12 **Neue Öffnungszeitenverordnung für Mecklenburg-Vorpommern**
Liberalere Öffnungszeiten und Sonderöffnungen für Tourismusorte
- 13 **Mitmachen beim Innenstadt-Wettbewerb „Erfolgsraum Altstadt“!**
- 14 **Sonderregelung der Öffnungszeiten für digitale Mini-Supermärkte**
Ein Blick auf die aktuelle Rechtslage
- 15 **Generationenfreundliches Einkaufen**



RECHT

- 16 **Gerichtsverhandlung per Video-konferenz**
„Ruhig mal wagen“, sagt HV Nord Anwältin Anke Schaefer



3 FRAGEN AN ...

- 18 **... Hauke Clausen**
Mitglied der Geschäftsleitung bei Edeka Clausen am Stadtpark Hamburg



AUS DEM PARTNERNETZWERK

- 19 **Reiner Meichsner**
Berater für den Einzelhandel im Norden

Bürokratie verändern: Mehr smart – weniger Staat

Der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Claus Ruhe Madsen bringt eine beeindruckende Karriere mit, die ihn durch verschiedene Positionen in Wirtschaft, Politik und Verwaltung geführt hat. In jeder

dieser Rollen hat er sich intensiv mit den Herausforderungen der Bürokratie auseinandergesetzt. Ob als Unternehmer, Kommunalpolitiker oder Minister – sein Ziel war stets, bürokratische Hürden abzubauen und die Rahmenbedingungen

für Unternehmen zu verbessern. Heute sprechen wir mit ihm über seine Erfahrungen, die aktuellen bürokratischen Strukturen und seine Vision für eine effizientere Verwaltung.



Foto: Wirtschaftsministerium SH/Thomas Eisenkrämer

Herr Madsen, was kommt überhaupt von Unternehmensseite zu dem Thema bei Ihnen an bzw. haben Sie das Ohr in dieser Position noch am Puls der Zeit?

Auf jeden Fall! Ich bekomme fast täglich Besuch von Unternehmern oder besuche selbst Betriebe, von daher ist ein enger Austausch da. Zum anderen habe ich natürlich immer noch meine eigenen Unternehmen im Handels- und Gastrobereich. Auch wenn ich in den Arbeitsalltag nicht mehr so eingebunden bin, bin ich über die aktuellen Entwicklungen sehr gut informiert.

Der Kampf mit der Bürokratie begleitet Sie ja bereits seit Jahrzehnten. In allen Positionen, die Sie bekleidet haben, haben Sie sich für Entbürokratisierung eingesetzt. Was hat sich bis heute geändert?

Der große Durchbruch ist leider noch nicht erfolgt. Bereits 2016 habe ich als IHK-Präsident auf dem Landesparteitag der Linken in Wismar eine Rede zum Bürokratieabbau gehalten. Die könnte man quasi 1:1 heute wieder halten. Nichtsdestotrotz ist dies ein Fokusthema für mich und direkt an meinem ersten Arbeitstag als Wirtschaftsminister sagte ich zum Pressesprecher des

Ministeriums, dass das Thema Bürokratie eine Herzenssache für mich ist. Er meinte dann: „Claus, das kannst Du machen, das ist aber ein Loser-Thema. Du wirst viel arbeiten und wenig erreichen.“

Hat er damit Recht behalten?

Zumindest stellt man relativ schnell fest, dass der Prozess des Bürokratieabbaus auch höchst bürokratisch ist. Die Herausforderung dabei ist, dass das Gros der Gesetze, Verordnungen, Erhebungen usw. in der Hoheit unterschiedlicher Ministerien mit jeweils verschiedenen

Anforderungen und Zielen liegt. Wenn es dann gelungen ist, in einer Landesregierung Punkte zu finden, die man tatsächlich gemeinsam angehen kann, dann muss man die anderen Länder, also alle Wirtschaftsminister, Sozialminister, Arbeitsminister usw. für sein Vorhaben gewinnen. Auch hier gilt: was wichtig ist in Schleswig-Holstein, ist dies noch lange nicht im Süden der Republik. Man muss also einen langen Atem haben. Mit Bürokratie ist es so wie mit Übergewicht. Man knabbert sich das über Jahre an, eines Abends steht man vorm Spiegel und sagt „Morgen wäre ich

gerne schlank!“ Das gelingt natürlich nicht. Das, was man sich über Jahre angefuttert hat, wird entsprechend Jahre dauern, es wieder loszuwerden.

Als eine Ihrer ersten Initiativen in Sachen Entbürokratisierung haben Sie 2024 ein 11-Punkte-Entlastungspaket in den Bundesrat eingebracht. Wie lief der Prozess?

Nicht so einfach, wie man denken könnte, denn die Eingabe musste zunächst durch verschiedene Ausschüsse und hat bis zur Vorstellung im Bundesrat schon Federn lassen müssen. Viel Arbeit ist erforderlich, um am Ende eine Hand voll Vorschläge tatsächlich durchzubekommen. In der Zwischenzeit sind dann noch einige neue bürokratische Vorschriften dazugekommen. Das ist natürlich erschreckend. Aber davon lasse ich mich nicht abhalten – ich verbinde meine Vorschläge immer mit dem Versprechen, dass ich wiederkomme – und das tue ich auch!

Sind Sie desillusioniert?

Überhaupt nicht. Ich durfte ja schon als IHK Repräsentant im Mittelstandsbeirat des Bundes mitwirken. Damals habe ich alleine schon aus meinem Unternehmertum heraus über 50 Vorschläge eingebracht, die in die ersten Bürokratieentlastungsgesetze eingeflossen sind. Das sind dann die kleinen persönlichen Erfolge, die motivieren. Und natürlich – wenn es mir gelingt, eine Bundesratsinitiative beschlossen zu bekommen, gibt auch das einen Schub.

Wo sehen Sie wesentliche Ansätze für Änderungen?

Einer meiner Vorschläge war es, die Frequenz zur Abgabe von statistischen Daten zu ändern. Zum Beispiel von monatlich auf halbjährlich oder jährlich umzustellen. Der Wunsch per se ist verständlich, man will eine Tendenz ausmachen, damit man auch einmal gegensteuern kann. Anstatt jedoch zu entlasten, kommen immer weitere Melde- und Berichtspflichten hinzu, mit denen wir die Unternehmerinnen und Unternehmer enorm belasten. Und das ist der nächste Punkt: In einem Umfeld, in dem wir immer stärker belastet sind

bei immer geringerem Ertrag, verlieren wir natürlich auch Menschen, die mit ihren Handelsunternehmen sagen, ja, morgen stehe ich wieder auf, habe gute Laune, empfangen Kunden

dem Finanzamt usw. Jeder hat spezielle Anforderungen, benötigt spezifische Daten und fordert das Ausfüllen individueller Formulare. Vielfach sind die Daten redundant, sie sind

nur an verschiedenen Orten gespeichert. Die Eingaben sind ein echter Zeitfresser. Sinnvoll ist es daher, alle Prozesse zu digitalisieren und nach dem „Once-Only-Prinzip“ zusammenzuführen. So handhabt Dänemark dies beispielsweise.

Das IFO Institut in München kommt interessanterweise

in einer aktuellen Erhebung zu dem Schluss, dass wir die Bürokratiebelastung der deutschen Unternehmen um rund 96 Mrd. Euro von 140 Mrd. Euro auf 44 Mrd. Euro senken



Abb.: Adobe Stock | #42323790 | iudarinago

Wie kann das gelingen?

Wir müssen Bürokratie verändern, wir müssen sie smarter machen. Mehr smart – weniger Staat. Beispiel: Aktuell habe ich als Unternehmer verschiedene Betriebsnummern, z.B. beim Verband, der Kammer, der Krankenkasse,

könnten, wenn wir den Mut hätten, diesem Beispiel unseres Nachbarlandes zu folgen.

Der Gedanke dabei ist, speziell für Unternehmen ein Meldeportal zu schaffen, in dem zentral alle relevanten Daten abgelegt sind. Da



gibt es fixe Daten, die nur einmal hinterlegt werden, z.B. Grundstücksgröße, Bruttorauminhalt, Grünflächen, gepflasterte Flächen etc. Außerdem ein lebendiger Teil, in dem beispielsweise Umsatzgrößen, Anzahl Mitarbeiter, Importe, Export, weitere statistische Daten etc. erfasst werden und der häufiger aktualisiert werden muss. Steuerberater, meine Bank, Versicherung und staatliche Organe erhalten dann von mir individuelle Zugriffsrechte auf die jeweils benötigten Daten.

Wir sollten eine Umkehr der Meldepflicht anstreben. So dass der Unternehmer oder die Unternehmerin beispielsweise nicht mit zig verschiedenen Zuordnungsnummern arbeitet und an unzählige Krankenkassen melden muss, sondern umgekehrt: Krankenkasse und Sozialkasse sind die Schnittstelle und holen sich die benötigten Daten im zentralen Unternehmensportal.

Guter Gedanke, wäre da nicht der Datenschutz, für den wir ja gerade erst umfassend entsprechende Behörden aufgebaut haben...

Datenschutz ist sicherlich wichtig. Aber diese übertriebene Sorge und ständigen Bedenken bremsen, und sind in der heutigen Zeit eine schlechte Ausrede: Wir machen unsere Bankgeschäfte online, stellen Fotos und persönliche Informationen ins Netz, akzeptieren jegliche Geschäftsbedingungen von diversen Online-Dienstleistern etc. und sagen dann, der Staat darf auf keinen Fall meine persönlichen Daten haben! Warum soll eigentlich der Datenschutz nicht gegeben sein, wenn etwas digital ist?

Warum tun wir Deutschen uns so schwer in diesen Dingen, ist das kulturhistorisch bedingt oder eine mentale Einstellung, die wir haben?

Das ist ein gesellschaftliches Thema, denn es fehlt an gegenseitigem Vertrauen. Von Seiten des Staates wird bis ins kleinste Detail alles reguliert und normiert, für alle Eventuali-

„

Es fehlt an gegenseitigem Vertrauen. Ich glaube ein Kardinalfehler ist es, dass wir Deutschen immer sagen ‚die da oben‘, also die Politik, muss das regeln.

Regulierung gerufen, wenn etwas nicht läuft. Die Eigenverantwortung bleibt dabei auf der Strecke. Ich glaube ein Kardinalfehler ist es, dass wir Deutschen immer sagen ‚die da oben‘, also die Politik, muss das regeln.

Bürokratieabbau geht damit einher, dass man auch bereit ist zu sagen, wir vertrauen einander.

täten gibt es eine Verordnung. Auf der anderen Seite ergießt sich eine wahre Klageflut über öffentliche Institutionen. Aber es wird laut nach staatlicher

Mein Lieblingsbeispiel ist die Fehmarnbeltquerung: Auf beiden Seiten hat man zur Bürgerbeteiligung aufgerufen. Auf dänischer Seite wurde dann ein Gesetz erlassen zum Bau eines Tunnels, auf deutscher Seite gab es ein Planfeststellungsverfahren. Von dänischer Seite kamen 42 Einwendungen, auf deutscher Seite waren es über 12.000. Das sagt etwas über die Kultur und auch über unser Demokratieverständnis. Bei Planfeststellungsverfahren in Deutschland können vor Auslegung immer noch neue veränderte Rahmenbedingungen Berücksichtigung finden, so dass immer wieder geklagt werden kann - so wird eine Planung niemals fertig. Wir brauchen eine dahingehende Stichtagsregelung, nach der an dem Tag der Planausführung das dann aktuelle Gesetz gilt. Auch das würde uns eine Menge an Bürokratie sparen.

Erschwerend hinzu kommt, dass wir Deutschen immer alles besonders gründlich und besser machen wollen. Das führt zum „Goldplating-Effekt“. Für komplizierte Verordnungen und Gesetze machen wir immer gerne Brüssel verantwortlich, bei der Umsetzung in deutsches Recht setzen wir aber immer noch einen drauf, machen noch sichereren Datenschutz, noch bessere Lieferkettensorgfaltspflichten usw.



Foto: Wirtschaftsministerium SH/Thomas Eisenkrätzer

Bei den Ummengen von Verordnungen und Gesetzen ist zu vermuten, dass eigentlich nur der einzelne Unternehmer als einziger die Übersicht über alle Verordnungen, Gesetze etc. hat...

Da widerspreche ich sofort, denn der Unternehmer ist ja nicht so dicht an den politischen Entscheidungen und Entwicklungen. Ich glaube auch nicht, dass ein Unternehmer

die Chance hat, bis zu 85.000 Verordnungen, die für ihn gelten, alle zu kennen. In meiner Eigenschaft als Unternehmer habe ich vieles während des Tuns Schritt für Schritt gelernt; auch Steuerberater und Behördenbesuche helfen. Aber wenn man sich engagiert und zusammenschließt, zum Beispiel über den Handelsverband oder über die Kammer, erfährt man die wichtigen

Dinge zeitnah u.a. über die Veröffentlichungen und Kanäle dieser Institutionen. Auch in Arbeitsgruppen kann ich meine Erfahrungen einbringen, und dann können wiederum die Verbände und Kammern auf die Politik einwirken. Also: Sich engagieren und einbringen hilft auch im Kampf gegen die Bürokratie!

Zuversicht wirkt selbsterfüllend

Wenige Wochen nach der Bundestagswahl und der Bürgerschaftswahl in Hamburg wird es Zeit für mehr Nüchternheit.

HV Nord Präsident Andreas Bartmann fordert einen sachlichen Umgang mit Themen wie der Strukturkrise, Bürokratie und innerstädtischen Entwicklung.

Ludwig Erhard hatte unrecht, als er behauptete, Wirtschaft sei zu 50 Prozent Psychologie. Längst wissen wir, dass wirtschaftliche Entscheidungen fast ausschließlich von psychologischen Aspekten beeinflusst werden. Welche Bewerber wir einstellen, welche Anlageentscheidung wir treffen, ob wir kaufen oder mieten, alles das hängt maßgeblich von der persönlichen Einschätzung und Beurteilung der Lage und Rahmenbedingungen ab.

Gerade im Einzelhandel kennen wir den engen Zusammenhang von Stimmungen und Umsatzzahlen. Hierzulande geht die Sorge um die Zukunft immer mit einer hohen Konsumzurückhaltung und Sparneigung einher. Die Jahresprognose 2025 lässt immerhin auf ein kleines reales Umsatzwachstum hoffen. Aber das reicht noch nicht, um den Weg aus der Krise zu finden, die keine konjunkturelle ist, sondern eine strukturelle.

Die aktuelle Strukturkrise zu überwinden

scheint denkbar einfach zu sein: Massive Investitionen in öffentliche Infrastruktur, in Bildung und Integration Zugewanderter sowie Abbau von Bürokratie mit einer Beschleunigung von Entscheidungen. Genehmigungen dauern zu lange, Entscheidungswege von Politik und Verwaltung sind zu

kompliziert und die Angst vor Fehlern ist zu groß.

Immerhin hat die EU-Kommission jetzt verstanden, dass eine Überlastung mit Bürokratie, Steuern und Vorschriften wirtschaftliches Handeln erstickt. Ein



Foto: HV Nord

Andreas Bartmann, Präsident Handelsverband Nord

Maßnahmenpaket zum Abbau überborden der Vorschriften liegt bereits vor. Es geht um die Bereiche Berichterstattung, nachhaltige Finanzen und Sorgfaltspflichten. Wir Wähler und Unternehmen haben zu diesem Regulierungs-Moratorium beigetragen – aber allzu oft hatte unsere Wahl und unser Verhalten auch einen Anteil an der Lähmung und Bürokratie. Wir brauchen

„Die Aufteilung der Stadtfunktionen in Konsum, Wohnen und Arbeiten ist am Ende.
Sicherheit, Ordnung und für alle gleiche Regeln – und eine Regierung, die handlungsfähig und verlässlich ist. Zu glauben, eine komplizierte und globalisierte Welt käme ohne entsprechende Regeln aus, ist naiv. Regulierung ist mittlerweile zum Kampfbegriff geworden, aber man stelle sich eine freiheitliche Welt ohne sie vor.

Die Zukunft wird anders sein, als es die Vergangenheit war. Das sehen wir an unseren Innenstädten. Leerstand und Frequenzrückgang machen jedem Innenstadtbewohner den Verlust der Vergangenheit deutlich sichtbar.

Es braucht seine Zeit, bis Neues entsteht. Wie das gehen kann, sehen wir an vielen Beispielen, etwa in Rendsburg, wo in einer ehemaligen Karstadt-Filiale nun ein Pflegeheim untergebracht ist. Auch in Lübeck tut sich was in der ehemaligen Karstadt-Sport-Filiale. 2022 hat die Stadt die Immobilie gekauft und will sie zu einem Zentrum für Lernen, Bildung und Kultur umfunktionieren und damit zugleich schulische Raumbedarfe decken.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung schrieb jüngst: „Die Leitfunktion des Einzelhandels für die Zentrenentwicklung war lange Zeit unbestritten, sie wurde politisch, planerisch und programmatisch gefördert.“ Jetzt aber ist die Aufteilung der Stadtfunktionen in Konsum, Wohnen und Arbeiten am Ende. In Hamburg hat eben in zentraler Innenstadtlage ein Jazz-Club eröffnet. Am Gerhard-Hauptmann-Platz wird die Stadt ein Haus der digitalen Bildung entstehen lassen. In der Innenstadt wird der Mensch in Zukunft nicht mehr nur Verbraucher sein.

Aber machen wir uns nichts vor: Probleme lassen sich nicht abwählen. Sie lassen sich nur lösen. Zu den dringend zu lösenden Aufgaben gehört der Kampf gegen den Klimawandel. Ohne bei sich selbst anzufangen, lassen sich auch andere nicht bewegen. Das gilt für die unmittelbare Nachbarschaft genauso wie global. Das Klimaschutzgesetz des Bundes sieht Klimaneutralität bis 2045 vor. Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern wollen dieses Ziel schon 2040 erreichen. Eine Volksinitiative will dies auch für Hamburg umsetzen. Über 100.000 Unterschriften sind bereits gesammelt, so dass es möglicherweise im Herbst zu einem Volksentscheid kommt. Wie bis 2040 Klimaneutralität erreicht werden kann, hat die Handelskammer bereits mit Hilfe der OECD erarbeitet. Viele Unternehmen sehen große Chancen in einer konsequenten Energiewende.

Ob Klimakrise, Krise der Innenstädte oder der Demokratie: allen diesen Begriffen ist gemeinsam, dass sie jeweils eine eigene Lösung enthalten. In unserem gefühlsmäßigen Verhältnis zur Zeit geht uns jedoch allzu oft die Vorstellungskraft von einer guten Zukunft abhanden. Aber nicht nur Angst, sondern auch Zuversicht birgt eine selbsterfüllende Prophezeiung. Insofern lassen Sie uns der Zukunft nicht mit Sorge, die lähmt, sondern vor allem mit Vertrauen, Ideen und einer gehörigen Portion Gestaltungswillen begegnen!

Papierkram versus Produktivität

Getränkeland Heidebrecht ist ein Familienunternehmen in der dritten Generation mit Sitz in Elmenhorst bei Rostock. Mit über 100 Filialen in vier Bundesländern und über 500 Mitarbeitenden ist es im Nordosten Marktführer – und das soll laut Inhaber Axel Heidebrecht auch so bleiben. Hier spricht er über die Themen, die ihn als Unternehmer aktuell besonders umtreiben und wie er diesen begegnet.

Auch mit dem Wechsel in der Bundesregierung haben sich die Top-Themen knappe personelle Ressourcen, hohe Energiekosten und auch die immer noch steigende Inflationsrate nicht in

Mitarbeiterbindung haben, für die wir auch einiges tun, angefangen mit einer betrieblichen Krankenzusatzversicherung bis hin zu Anwesenheitsprämien, ist die Gewinnung neuer Mitarbeitender eine echte Herausforderung. Insbesondere in den niedrigen Gehaltsklassen ist der Abstand zum Bürgergeld und zur Frage „Lohnt es sich für mich, arbeiten zu gehen?“ nicht weit. Auf der anderen Seite treibt uns die Mindestlohnentwicklung, die ja auch die Erhöhung der besseren Gehaltsklassen und der Lohnnebenkosten nach sich zieht, aus unternehmerischer Sicht in eine echte finanzielle Bedrängnis.



Auch die Bürokratie in all ihren Ausprägungen mit Vorschriften, Melde- und Berichtspflichten, Gesetzen etc. macht dem Unternehmer das Leben nicht leichter. Aus meiner Sicht ist die Verwaltung ein Dienstleister für Bürger und Unternehmen. Es kann doch nicht sein, dass die Bearbeitung beispielsweise von Bau- oder Umbauvorhaben jahrelang bis zum Abschluss braucht. Ein anderes Beispiel für den Bürokratiewahnsinn aus meinem Geschäftsalltag sind die Unmengen von Anträgen und Formularen, die auszufüllen sind und teilweise auch noch postalisch versendet werden müssen. So haben wir in fast allen Märkten eine Lottoannahmestelle – der Antrag für das Betreiben der Annahmestelle ist schon eindrucksvoll und umfangreich und muss von mir dreifach im Original unterschrieben und postalisch versandt werden. Das ist doch



einfach nicht mehr zeitgemäß! Das bürokratische Prozedere muss schneller und schlanker werden. Wir Unternehmer sind doch auch gezwungen, uns ständig an fortschreitende Technik und Entwicklung anzupassen – man hat jedoch das Gefühl, dass der deutsche Verwaltungsapparat hingegen irgendwo in den 70er Jahren stecken geblieben ist.

Hilfreich aus meiner Sicht wäre es beispielsweise auch, wenn bestimmte Meldepflichten an die Bundesländer vereinheitlicht und zentralisiert werden, eine föderale Struktur ist hier eher kontraproduktiv und ein Zeitfresser. Insbesondere bei der Vielzahl an Melde- und Dokumentationspflichten, die uns auferlegt werden, kann es schon vorkommen, dass einzelne Fachbereiche in unserem Unternehmen einen großen Anteil ihrer Arbeit auf bürokratische Aufgaben verwenden. Wichtig finde ich dann, dass man als Unternehmer seinen Unmut auch an der ‚richtigen‘ Stelle ablässt und darüber spricht, um Änderungen zu bewirken. Verband und Kammer sind immer ein guter Weg, aber ich suche auch das direkte Gespräch mit der Landespolitik, um auf Missstände aufmerksam zu machen.

Trotz all dieser Herausforderungen bin ich gerne Familienunternehmer und schaue mit Stolz auf unsere Unternehmenskultur und den Zusammenhalt im Unternehmen. Diese Stimmung trägt auch durch schwierigere Zeiten. Besonders freue ich mich aber darüber, dass unser Sohn sich entschieden hat, die Challenge anzunehmen und das Unternehmen in die nächste Generation zu führen. Mit einem guten Blick für die aktuellen Herausforderungen und die Zukunftsfähigkeit des Unternehmens hat er schon einige Projekte erfolgreich auf die Schiene gesetzt, wie zum Beispiel das Online-Geschäft aufgebaut. Insofern blicke ich trotz aller Widrigkeiten zuversichtlich in die Zukunft.



Neue Formate und Ideen halten Einzug in die Innenstädte. So sind beispielsweise die Planungsstudios von IKEA bereits in einigen Zentren vertreten.

Foto: Annett Rabe



Axel Heidebrecht, Inhaber Getränkeland Heidebrecht GmbH & Co. KG

Foto: Axel Heidebrecht

Abb.: Adobe Stock | #1216043042 | VZ_Art

Abb.: Adobe Stock | #616768215 | Flash Vector

HH Autofreie Innenstadt

Wie kommt der Mensch in die Innenstadt?

Der motorisierte Individualverkehr scheint die Gesellschaft zu spalten. Aber liegen die Positionen wirklich so weit auseinander?



Abb.: Adobe Stock | #945483784 | Good Studio

Die jüngste Deutschland-Studie Innenstadt der CIMA hat es erneut belegt: Der motorisierte Individualverkehr hat an Bedeutung verloren. Die entscheidenden Attribute einer attraktiven Innenstadt sind Fußgängerfreundlichkeit und ein attraktiver Nahverkehr. Natürlich ist die absolute Relevanz auch von der Größe der jeweiligen Stadt abhängig. Aber fast alle Städte

machen sich auf den Weg, Alternativen zum Individualverkehr anzubieten.

In Hamburg hat sich die Aufregung um das Konzept der autoarmen Innenstadt noch nicht gelegt. Nun sollen die Parkhäuser zu Mobility Hubs umgebaut werden. Die Befürchtung ist groß, dass Autos in Zukunft ganz aus der Innenstadt verschwinden sollen. Jüngst verkündete der Senat, das städtische

Parkhaus in der Große Reichenstraße werde nun grundsaniert und mit einem erweiterten Serviceangebot der Mobilitätswende gerecht werden. Ist das der erste Schritt hin zu einer völlig autofreien Innenstadt? Oder anders gefragt: Brauchen wir das Auto in der Innenstadt?



Foto: HV Nord

„Ja, aber ...“

sagt Brigitte Nolte, Geschäftsführerin des Handelsverband Nord in Hamburg

„Um es gleich vorweg zu sagen: Niemand will, dass in der Innenstadt überall Autos fahren und parken. Kein Ort gewinnt an Attraktivität, wenn er von Autos überflutet wird. Aber der attraktivste Ort der Welt bleibt menschenleer, wenn er nicht erreichbar ist. Die Angebote der Hamburger Innenstadt richten sich an ein überregionales Einzugsgebiet. Dass Besucher von weither die City erreichen können, ist maßgeblich für die Umsätze der Gewerbetreibenden. Letztendlich hängt davon nicht nur die Höhe der erzielbaren Mieten ab, sondern auch die Erhaltung der historischen Gebäude. Zu Recht erwarten Besucher eine zuverlässige, bezahlbare und bequeme Möglichkeit der Anreise, auch wenn sie irgendwo auf dem Land beginnt. Aktuell meiden viele die Fahrt in Hamburgs Innenstadt, weil die Alternative zum Pkw zu umständlich oder nicht bekannt ist, man gleichzeitig die gewohnte Fahrt mit dem Pkw aber wegen hoher Parkgebühren oder häufiger Staus nicht in Kauf nehmen will. Nicht nur der Einzelhandel braucht ein lebendiges Zentrum, sondern die Attraktivität der ganzen Stadt wird genau daran gemessen. Die aktuellen Frequenzverluste sind auch das Ergebnis schwieriger Erreichbarkeit.“

„Nein, aber ...“

sagt Tom Jakobi, bis 2024 verkehrspolitischer Vorstand des ADFC Hamburg

„Unbestritten brauchen wir etwas Kfz-Verkehr in den Innenstädten für Anwohner, um Waren zu liefern und wegen der Bedürfnisse körperlich eingeschränkter Menschen. Gegner der Mobilitätswende beenden hier ihre Argumentation bereits und behaupten, deshalb dürfe man nicht viel verändern. Die Realität in den Innenstädten sieht aber heute ganz anders aus. Die zigtausende Kfz, die jeden Tag durch Hamburgs Innenstadt strömen, bestehen keineswegs überwiegend aus den notwendigen Ausnahmen. Viele Menschen fahren aus Gewohnheit, aus Gemütlichkeit oder wegen schlechter ÖPNV-Verbindungen in ihren oft viel zu großen Autos zur Arbeit oder zum Einkaufen in oder durch die Stadt. Diesen erheblich überwiegenden Anteil an Autos brauchen wir nicht in der Innenstadt. Im Gegenteil: Er stört, und zwar in vielen Dimensionen. Er stört durch Lärm und Abgase, durch Flächenverbrauch beim Fahren und Parken, durch die Gefährdung und Behinderung von Fußgängern und Radlern und durch unterbrochene Wege, die sich durch überdimensionierte Straßen ergeben. Würden alle, die es können, Bahn, Bus oder Rad nutzen, lohnte sich das am Ende für alle, denn die Stadt wäre viel schöner, wenn wir dort weniger Autos hätten.“



Foto: Tom Jakobi

MV HH SH Personal Award 2025

Jetzt anmelden!

Bewerbungsfrist für "Personal Award" 2025 gestartet! Seien Sie Teil der Auszeichnung, die herausragende Mitarbeitende in der Handelsbranche im Norden würdigt. Der Personal Award 2025 sucht erneut nach den besten Talenten in Ihrem

Unternehmen. Jetzt ist die Zeit, engagierte Mitarbeitende zu nominieren und ihnen die Anerkennung zu schenken, die sie verdienen. Zeigen Sie damit, wie wertvoll ihr Beitrag für Ihren Erfolg ist.

Mit dem 2023 ins Leben gerufenen „Personal



Hier finden Sie das Formular auf unserer Webseite.

Award' würdigt der Handelsverband Nord die besondere Leistung von Mitarbeitenden im Handel, die sich ein wenig abheben - Kolleginnen oder Kollegen, die überdurchschnittlich engagiert sind oder durch ihre Persönlichkeit das Team und damit auch das Unternehmen weiter voranbringen... eben 'simply the best'. Zu gewinnen gibt es 500 Euro für die Teamkasse.

Wir freuen uns über Ihre Vorschläge bis zum 9. Mai 2025.

Bitte geben Sie dafür im Formular auf unserer Webseite Ihre Kontaktdaten an, wir melden uns bei Ihnen!



Foto: Adobe Stock | #260697529 | Dusan Petkovic

MV Öffnungszeitenverordnung

Öffnungszeitenverordnung Mecklenburg-Vorpommern

Darauf haben viele Händler und Urlauber gewartet: Mecklenburg-Vorpommern bekommt endlich eine neue und touristengerechtere Bäderregelung.

Ab dem 15. März 2025 wird die neue Verordnung zur Sonn- und Feiertagsöffnung von Geschäften im Land gelten.

Die neue Verordnung wurde am 28.02.2025 veröffentlicht. „Mit der neuen Regelung stärken wir das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern und sorgen für Chancengleichheit mit unseren Nachbarn an der Küste. Offene Türen und belebte Einkaufsstraßen, davon profitieren unsere Gäste und unsere Wirtschaft“, so Wirtschaftsminister Dr. Wolfgang Blank.

Ein wesentlicher Kern der neuen Öffnungszeitenverordnung ist die Angleichung der Sonderöffnungsmöglichkeiten an die Regelungen im Nachbarbundesland Schleswig-Holstein.

Die neue Bäderregelung lässt dem Handel bei der touristischen Versorgung künftig deutlich mehr Spielraum. Sie wird schon einen Monat früher gelten (ab 15. März) und bis 31. Oktober laufen – also auch den Reformationstag einschließen. Ein mitentscheidender Punkt: Auch in der Zeitspanne des Jahreswechsels vom 17. Dezember bis 8. Januar hat die neue Verordnung Gültigkeit.

Geöffnet werden kann in einem Zeitrahmen von 11.30 Uhr bis 18.30 Uhr für jeweils 6 Stunden. Über die exakte Öffnungszeit hat die jeweilige Gemeinde zu befinden.

Ostern, am 01. Mai und Weihnachten gelten besondere Bedingungen:

§ 4 Sonderöffnungszeiten in anerkannten Orten mit besonders hohem Tourismusaufkommen (bestimmte Orte)

- (1) In der Zeit vom 15. März bis 31. Oktober und vom 17. Dezember bis 8. Januar ist das gewerbliche Feilhalten in den nach § 5 Absatz 1 Satz 1 Öffnungszeitengesetz bestimmten Orten, abweichend von § 3 Absatz 2 Nummer 1 Öffnungszeitengesetz an Sonn- und Feiertagen für sechs Stunden im Zeitraum von 11:30 bis 19:00 Uhr zulässig.
- (2) Absatz 1 gilt nicht am Karfreitag und dem ersten Weihnachtstag.
- (3) Am 1. Mai ist der Verkauf nur zulässig, wenn die Ladeninhaberin oder der Ladeninhaber den Verkauf unter Freistellung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer persönlich durchführt.
- (4) Am Ostersonntag ist eine Öffnung in der Zeit von 14:00 Uhr bis 18:30 Uhr zulässig.
- (5) Zulässig gemäß Absatz 1 ist das gewerbliche Feilhalten von Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs verschiedener Art, insbesondere Nahrungs- und Genussmittel, sowie des typisch touristischen Bedarfs.
- (6) Die Absätze 1, 3 und 4 gelten nicht für Baumärkte, Möbelhäuser, Autohäuser und Elektrofachmärkte.



Hier finden Sie die Verordnungen auf unserer Webseite.

Welche Gemeinden sind betroffen?

Es kann in allen Gemeinden oder Gemeindeteilen geöffnet werden, die auch bisher nach der alten Regelung öffnungsberechtigt waren. Eine neue Erhebung der öffnungsberechtigten Gemeinden soll

unmittelbar nach Inkrafttreten der neuen Öffnungszeitenverordnung erfolgen. Das heißt auch, dass die Landeshauptstadt Schwerin als Weltkulturerbe noch nicht unter die Neuregelung fällt.

Die Liste der aktuell berechtigten Gemeinden und Gemeindeteile finden Sie auf unserer Webseite. In der noch zu erarbeitenden Liste werden Gemeinden, Gemeindeteile und -zusammenschlüsse (Tourismusregionen) erfasst, die nach dem Kurortgesetz oder als

Welterbestadt anerkannt sind (anerkannte Orte) und ein besonders hohes Tourismusaufkommen verzeichnen. Deshalb werden auf der neuen Liste nur noch Orte erfasst werden, die zumindest das Prädikat „Tourismusort“ vom Land Mecklenburg-Vorpommern erhalten

haben. Neu ist, dass Gemeinden aus der Liste fallen oder aber auch neu aufgenommen werden können. Der Entwurf der Ortsliste wird zeitnah auf der Homepage des Wirtschaftsministeriums bekannt gegeben.

"Gegenwind zur lange erwarteten Veröffentlichung der Öffnungszeitenverordnung kommt natürlich von den Gewerkschaften. Ver.di behauptet, Verkäuferinnen und Verkäufer würden nicht begeistert sein, an noch mehr Wochenenden in den Läden stehen zu müssen. Auch sei aufgrund der Verbreiterung des Öffnungszeitraums das Regel-Ausnahme-Prinzip bei der Einhaltung der Sonntagsruhe verletzt. Ver.di hat deshalb bereits rechtliche Schritte gegen die geplante Verordnung angekündigt. Es bleibt daher möglicherweise abzuwarten, wie rechtssicher der Verordnungsgeber die Neuregelungen gestaltete."

Kay-Uwe Teetz, Handelsverband Nord



Foto: HV Nord

Innenstadt-Wettbewerb „Erfolgsraum Altstadt“

MV



Innenstädten und Ortszentren. Erstmals wird 2025 auch eine Innenstadttinitiative prämiert, die sich durch besonderes Engagement für eine nachhaltige und erlebnisorientierte Stadtgestaltung auszeichnet.

Der Innenstadt Wettbewerb „Erfolgsraum Altstadt“ bietet eine gute Plattform, um

innovative Geschäftsideen und nachhaltige Entwicklungen in Mecklenburg-Vorpommerns Innenstädten zu zeigen und zu fördern. In drei Regionalwettbewerben (Kammerbezirke Neubrandenburg, Rostock, Schwerin) werden die Sieger in drei Wettbewerbskategorien ermittelt. Die regionalen Sieger sind automatisch für den Landespreis qualifiziert.

Alle Bewerberinnen und Bewerber werden von einer Jury vor Ort auf Herz & Nieren geprüft; als Jurymitglieder mit dabei sind auch in diesem Jahr wieder Kay-Uwe Teetz und Tino Beig vom Handelsverband Nord.

Machen Sie mit! Sollten Sie noch Vorschläge für passende Händlerinnen und Händler haben, melden Sie sich gerne bis zum 30. April in unseren Geschäftsstellen in Rostock und Neubrandenburg oder direkt bei den IHKs in MV. Auch für Fragen stehen die Kollegen Ihnen gerne zur Verfügung. Wir freuen uns auf den Wettbewerb und auf spannende Bewerbungen!

Mehr Infos:

www.erfolgsraum-altstadt.de



SH Personalfreie Verkaufsstellen

Ladenöffnung Schleswig-Holstein: Sonderregelung für digitale Mini-Supermärkte?

Besonders im Lebensmittelhandel gibt es bundesweit zunehmend Verkaufsstellen, die durch digitale Lösungen (u. a. mit einem Zugang mittels Bezahlkarte und elektronischem Check-Out) personalfrei betrieben werden können. Diese Konzepte reichen von kleinen Verkaufsböden und -automaten über Verkaufscorner bis hin zu mehreren 100 m² großen „smarten“ Supermärkten.

Ausnahmeregelung für „Kleinstverkaufsstellen ohne persönlichen Kundenkontakt, die insbesondere geprägt sind von digitalem Zutritt und digitaler Bezahlung“. Diese Verkaufsstellen werden in Mecklenburg-Vorpommern von den gesetzlichen Öffnungsbeschränkungen ausdrücklich ausgenommen. Im Bundesland Hessen können digitale Kleinstsupermärkte von bis zu 120 m² durchgehend öffnen, also auch sonntags, sofern diese ausschließlich Waren des täglichen Ge- und

Verbrauchs anbieten und durch digitale Lösungen ohne Verkaufspersonal betrieben werden. Auch der Freistaat Bayern hat inzwischen ein eigenes Ladenschlussgesetz, welches u.a. den durchgängigen Betrieb digitaler Kleinstsupermärkte (bis zu 150 m²) ohne Personal als neue Form der Nahversorgung vorsieht.

Seit Sommer letzten Jahres diskutiert auch der schleswig-holsteinische

Gesetzgeber eine vergleichbare Regelung. Nachdem zunächst die FDP Landtagsfraktion einen entsprechenden Antrag aus der Opposition heraus in den Landtag einbrachte, hat nun die Landesregierung selbst einen Gesetzentwurf erstellt, der uns mit der Bitte um Stellungnahme vorgelegt wurde.

Die Landesregierung S-H möchte „digitalen Kleinstsupermärkten“ mit einer Verkaufsfläche von bis zu 150 m² die Öffnung

auch während der Ladenschlusszeiten in Gemeinden ermöglichen, die bei Eröffnung der Verkaufsstelle nicht mehr als 1.500 Einwohner haben und bei denen an Sonn- und Feiertagen ein persönlicher Kontakt zum Kunden ausgeschlossen ist. Man möchte das Grundbedürfnis der Bevölkerung nach ortsnaher Nahrungsmittelversorgung aufgreifen und gleichzeitig eine Attraktivitätsverbesserung von Dörfern für die Einwohner ermöglichen.

Im Grundsatz begrüßt der Handelsverband die Gesetzesinitiative. Gerade in Zeiten des Arbeits- und Fachkräftemangels ergeben sich im Handel zusätzliche Herausforderungen, die mit Hilfe innovativer Modelle - wie vollautomatisierte, personallose Verkaufsstellen - überwunden werden können. Infolgedessen suchen Einzelhändler und Einzelhändlerinnen vermehrt nach neuen Geschäftsideen und neuen Vertriebsformen. Die Branche braucht Innovationen und Freiraum für dieselben, um auch den personellen Engpässen zu begegnen. Die angestrebte Änderung bietet aus Sicht des Verbandes die Chance, die Nahversorgung in ländlichen Gebieten zu ermöglichen oder zu stabilisieren. Gleichzeitig würde sie dem Handel in Schleswig-Holstein grundsätzlich gestatten, Innovationen umzusetzen und so zukunftsfähige Konzepte voranzutreiben.

Bezüglich einzelner Formulierungen, die einer praktischen Umsetzung entgegenstehen, haben wir konstruktiv kritische Anmerkungen vorgetragen. Wir werden weiter berichten.

● VON DIERK BÖCKENHOLT, HAUPTGE-SCHÄFTSFÜHRER HV NORD



Foto: ©REWE

In einigen Bundesländern haben die Landesgesetzgeber diese neue Vertriebsform bei den gesetzlich vorgegebenen Ladenöffnungszeiten privilegiert, um die Nahversorgung in ländlich oder touristisch geprägten Regionen zu verbessern bzw. wiederherzustellen.

Die erste Landesregelung gab es in Mecklenburg-Vorpommern mit dem Öffnungszeitengesetz, welches bereits Anfang 2024 in Kraft getreten ist. Es beinhaltet eine

MV HH SH Generationenfreundliches Einkaufen

Ihr Weg zu mehr Kundenbindung!

Das Siegel „generationenfreundliches Einkaufen“ zeichnet Händler aus, die sich aktiv für eine kundenfreundlichere Gestaltung ihrer Geschäfte einsetzen. Es geht darum, ein Einkaufserlebnis zu schaffen, das für alle Altersgruppen zugänglich und angenehm ist. Dazu gehören beispielsweise barrierefreie Zugänge, eine übersichtliche Warenpräsentation, aber auch ein serviceorientiertes Personal.

Das leuchtend orangefarbene Siegel weist den Weg und zeigt den Kunden, wo sie besonders komfortabel einkaufen können – ganz gleich, ob es dabei um Eltern mit Kinderwagen, Menschen im Rollstuhl oder Senioren geht.

Wenn auch Sie sich zertifizieren lassen möchten, sprechen Sie uns an!



Mehr Informationen unter: <https://bit.ly/3CDDAaH>

8 auf einen Streich: Die Edeka Jens Geschäftsführer Reimer Jens und Swen Rathjens freuen sich gemeinsam mit ihren Marktleitern über die Zertifizierung von acht Jens-Märkten.



Rekord! Standortleiterin Christiane Saß und Marktassistentin Katja Monin vom team Bau- und Gartenmarkt in Süderbrarup konnten bereits zum fünften Mal das Zertifikat von Tino Beig (HV Nord) entgegennehmen.



Martin Heinig und Tim Heitmann konnten für ihren toom Baumarkt in Pinneberg zum dritten Mal die Urkunde entgegennehmen (li.), der toom Baumarkt in Stavenhagen mit Marktleiter Rene Ihde war zum zweiten Mal dabei.

Die toom Baumärkte in Bentwisch (Axel Falk), Rostock (Marco Petersdorf) und Heide (Michael Franke) wurden zum vierten Mal ausgezeichnet (von li. nach re.).



Fotos: HV Nord

Gerichtsverhandlung per Videokonferenz: Vorteile vs. Nachteile

Erst in der Corona-Zeit ist die Möglichkeit, Gerichtsverhandlungen per Videokonferenz wahrzunehmen, mehr in den Mittelpunkt der Wahrnehmung gerückt. Dabei konnten die Gerichte bereits seit dem Jahr 2002

sämtlichen Beteiligten gestatten, sich während der mündlichen Verhandlung an einem anderen Ort aufzuhalten und via Bild- und Tonübertragung daran teilzunehmen. Den weiteren Weg dahin hat eine im Jahr 2013 durchgeführte

Reformierung der §§ 128a Abs. 1 und 2 sowie 185 Abs. 1a GVG bereitet, in der die Voraussetzungen einer Videoverhandlung vor Gericht festgelegt sind.

Die Möglichkeit der Online-Verhandlung wird in den letzten Jahren vermehrt genutzt, da die technische Ausstattung der Gerichte sich zunehmend verbessert hat. Dabei können Online-Verhandlungen in verschiedenen Formaten stattfinden. So sind bei der vollvirtuellen Variante alle Parteien inklusive der Richter und Richterinnen online zugeschaltet. Bei der häufiger genutzten hybriden Form überträgt das Gericht die in einem Gerichtssaal anwesenden Beteiligten in zufriedenstellender Qualität an den Ort des Online-Teilnehmers. Es können einzelne Personen oder sogar alle Parteien online teilnehmen. Voraussetzung ist allerdings, dass das Gericht der Online-Teilnahme zustimmt.

Was ist zu veranlassen?

§ 128a Zivilprozessordnung (ZPO) gilt für sämtliche Verhandlungen im Anwendungsbereich der ZPO, d.h. auch für die Güteverhandlung im Sinne des § 278 Abs. 2 ZPO. Dabei

kommt es im Sinne des Gesetzes bei dem „persönlichen Erscheinen“ nicht auf die „körperliche Anwesenheit“ der Teilnehmer an, denn das Gericht soll die Parteien lediglich „anhören“ und nicht „anfassen“ können. An der Stelle genügt es also, wenn die die Partei zusammen mit ihrem Prozessbevollmächtigten an der Bild- und Tonübertragung beispielsweise aus dessen Kanzleiräumen teilnimmt.

Jede Prozesspartei oder deren Vertreter kann die Teilnahme via Online-Verhandlung beim Gericht beantragen, sofern das Gericht dies nicht bereits von sich aus angeordnet oder gestattet hat. Daraufhin bekommen die Antragsteller einen Link mit den Zugangsdaten an die angegebene E-Mail-Adresse zugesendet. Wenn die technischen Voraussetzungen vorliegen - jeder muss jederzeit sämtliche

im Gerichtssaal anwesenden Beteiligten per Kamera und Mikrofon sehen und hören können und diese ebenso den/die Online-Teilnehmer - und die Einwahl über den Link erfolgt ist, wird der Teilnehmer vom Gericht im Gerichtssaal empfangen. Diese Form der Teilnahme im Wege der Bild- und Tonübertragung ist freiwillig, d.h. es bleibt jedem

solchen Fällen lassen sich vor Ort Zwischenfragen, Abstimmungen mit dem Mandanten usw. schnell regeln. Auch wenn die meisten verwendeten Videokonferenzprogramme es technisch zulassen, z.B. Videoaufzeichnungen, Fotos, Tabellen, Grafiken etc. einzublenden, ist eine Betrachtung vor Ort im Moment noch einfacher, weil die Inaugenscheinnahme für



Foto: Adobe Stock | #1106260557 | kucret

Beteiligten grundsätzlich überlassen, auch trotz Genehmigung zur Online-Teilnahme persönlich im Gerichtssaal zu erscheinen.

Wann lohnt es sich?

Eine Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung ist immer dann sinnvoll, wenn der zeitliche (z.B. eingesparte lange Anfahrtswege, Anreise am Vortag etc.) oder der wirtschaftliche Faktor (z.B. Fahrt- oder Hotelkostenersparnis) gegenüber dem Konfliktpotential in dem Rechtsstreit überwiegt. Ebenfalls sehr hilfreich ist das Online-Format, wenn die Gefahr droht, dass Beteiligte nicht rechtzeitig zur Verhandlung erscheinen können. Dies kann beispielsweise bei einer angespannten Verkehrslage oder einem Ausfall des ÖPNV schnell passieren. Dann lässt sich der Termin per Online- Zuschaltung dennoch ortsunabhängig wahrnehmen.

Je problembehafteter der Streitfall ist, desto eher erscheint jedoch eine persönliche Teilnahme an der Verhandlung sinnvoll. In

Sie haben Fragen zu rechtlichen Themen?
Unsere Rechtsexperten helfen Ihnen weiter:

Kiel: 0431-97407-0
Rostock: 0381-453332
Hamburg: 040-369812-14

alle Beteiligten vor Ort möglich ist und man diese direkt auswerten kann.

Was tun bei einem technischen Problem?

Wenn der Prozessbevollmächtigte weder im Gerichtssaal erscheint noch eine Übertragung im Wege der Bild- und Tonübertragung zustande kommt, besteht die Gefahr des Erlasses eines Versäumnisurteils. An der Stelle sollte versucht werden, zumindest eine Tonübertragung zum Gericht herzustellen. Dies verhindert zwar die Säumnis nicht, ermöglicht aber dennoch das Verhandeln zur Sache. Insofern ist der Versuch einer telefonischen Verbindung immer sinnvoll.

Fazit

Auch wenn sich nicht alle Rechtsstreite und Termine für eine Verhandlung im Wege der Bild- und Tonübertragung eignen, so besteht damit dennoch eine gute Alternative, um insbesondere übersichtliche oder bereits gut dargelegte Sachverhalte im Wege einer Online-Verhandlung voran zu bringen. Dabei stehen die Faktoren der Zeit- und Kostenersparnis ganz vorne an.

Ein kleiner Wermutstropfen bleibt allerdings, denn der kleine Plausch auf dem Gerichtsflur mit den Mandanten und Anwaltskollegen fällt damit leider weg.

● VON HV NORD RECHTSANWÄLTIN ANKE SCHAEFER



Foto: Edeka Clausen/Jan Lops

... Hauke Clausen

Mitglied der Geschäftsleitung bei
Edeka Clausen am Stadtpark

In Sachen Innovation macht dem Familienunternehmen mit seinen zwei Märkten am Hamburger Stadtpark niemand etwas vor: Mitarbeitende, die die Gebärdensprache erlernt haben, um auch für gehörlose Menschen ‚ansprechbar‘ zu sein oder ein eigener Bootsanleger am Markt, der Wassersportler zu einer Pause einlädt, sind nur zwei Beispiele. Jetzt wurde das Unternehmen auf der Düsseldorfer EuroCIS mit dem reta award in der Kategorie ‚People Empowerment‘ ausgezeichnet.

Die reta awards werden an Unternehmen verliehen, die herausragende Technologielösungen einsetzen. Für welche Innovation sind Sie ausgezeichnet worden?

Wir haben in unserem Markt am Wiesen-damm die Softwarelösung Captana von VusionGroup im Einsatz, die uns dabei hilft, die Warenverfügbarkeit zu verbessern und Out-of-shelf-Situationen zu vermeiden. Die Software verbindet künstliche Intelligenz mit vernetzten Kameras und den digitalen Regal-etiketten. Auf dieser Basis werden in Echtzeit

automatisch Engpässe und Fehlbestände in den Regalen erkannt und die Information direkt auf die Mobilgeräte der Mitarbeitenden gesandt. Schnelldreher und Promotionartikel werden dabei priorisiert. So können die Regale schnell und zielgerichtet aufgefüllt werden – darüber hinaus werden so die Laufwege der Marktmitarbeitenden optimiert.

Warum haben Sie sich für diese technisch aufwendige Lösung entschieden, gab es einen Auslöser?

Wir stehen heute vor der großen Herausforderung, Mitarbeitende zu finden. Und ich spreche noch nicht einmal von Fachkräften, es geht schlichtweg um Arbeitskräfte, die Spaß haben, bei uns mit anzupacken. Insofern mussten wir uns überlegen, an welcher Stellschraube wir drehen können, ohne dass es beispielsweise auf Kosten von Beratung und Service geht. Die Frage lautete also: Wo können wir Arbeitsprozesse automatisieren? Der Blick fiel schnell auf die Waren-disposition, denn die Warenverfügbarkeit ist ein entscheidender Hebel für den Unternehmenserfolg: Die Kunden erwarten, dass sie ihre Produkte in den Regalen finden, was sich

wiederum im Umsatz zeigt. Mit der Technologie von Captana können wir einerseits die Mitarbeitenden entlasten und andererseits für die Kunden eine verbesserte Warenverfügbarkeit sicherstellen.

Können Sie bereits ein erstes Fazit ziehen?

Mein Großvater sagte immer „Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit“. Diese Devise ist aktueller denn je und ist Grundlage unseres Handelns. Insofern kann ich nur jedem empfehlen – auch kleinen Unternehmen –, sich intensiver mit Digitalisierung und Künstlicher Intelligenz auseinanderzusetzen. Für uns hat sich der Technologieeinsatz auf jeden Fall bewährt, er erleichtert der Belegschaft die Arbeit und sorgt für mehr Effizienz im Tagesgeschäft. Wir haben die Mitarbeitenden von Beginn an eingebunden und vom Projekt überzeugen können. Und so war das Marktteam auch sofort mit dabei, trotz anfänglicher gesunder Skepsis und ein wenig Mehraufwand zu Beginn. Wir können konstatieren, dass der Einsatz sich auf allen Ebenen bezahlt gemacht hat. In Zahlen ausgedrückt konnten wir unsere Warenverfügbarkeit sogar kontinuierlich um fast 5% steigern.

Reiner Meichsner – Berater für den Einzelhandel im Norden:

Betriebsberatung – Schwerpunkte der Beratungspraxis

Reiner Meichsner ist studierter Diplom-Volkswirt und berät seit über 30 Jahren Unternehmen des Einzelhandels in betriebswirtschaftlichen und unternehmerischen Fragen. Vor allem Inhaber kleiner und mittelständischer Handelsunternehmen vertrauen auf seine kompetente Unterstützung sowie seine Branchenkenntnisse und schätzen ihn als erfahrenen Fachexperten. Zwei wesentliche Schwerpunkte seiner Beratertätigkeit sind Fragen rund um die Nachfolgeregelung sowie die Erfa-Gruppenarbeit. Darüber hinaus bietet er Händlern auch professionelle begleitende Beratung in Standortfragen, bei der Investitions-, Finanzierungs-, Kosten- und Ertragsplanung, in der Gründungsphase, zur konzeptionellen und strategischen Ausrichtung des Unternehmens sowie zur Überwindung von Krisenphasen an.



Foto: Reiner Meichsner

In welchen Situationen sollte man als Einzelhändler überhaupt einen Berater hinzuziehen?

Berater sind Entscheidungshelfer der Geschäftsführung, die Unternehmen bei der Entwicklung neuer Konzepte und der Weichenstellung für künftige Entwicklungen unterstützen und begleiten. Insbesondere wenn neue, nicht alltägliche Herausforderungen für den Händler anstehen, sollte frühzeitig externer Rat eingeholt werden.

Wie steht es um den Kostenaufwand?

Für Mitglieder des Handelsverband Nord ist ein erstes Beratungsgespräch in aller Regel kostenfrei (gegebenenfalls können Fahrtkosten anfallen). Der weitere Beratungsablauf, der Umfang und der Kostenrahmen der Beratung werden dann gemeinsam abgestimmt.

Zwei zentrale Themen stehen im Fokus der Beratung:

• **Professionelle Hilfe bei der Unternehmensnachfolge**

Fast die Hälfte der deutschen Familienunternehmen stehen laut einer Studie des Ifo-Instituts in den nächsten drei Jahren vor einer Unternehmens- oder Anteilsübertragung. Dennoch kämpfen viele Familienunternehmen mit Nachfolgeproblemen. Für eine erfolgreiche Nachfolgeregelung rät Reiner Meichsner Unternehmen zu folgenden Schritten: rechtzeitige und umfassende Planung, externe Berater einschalten, Unternehmensanalyse und Anforderungsprofil des Nachfolgers erarbeiten, rechtliche und steuerliche Aspekte berücksichtigen, einen Übergabeplan erarbeiten.

• **Erfa-Gruppe als Plattform für Austausch und Unterstützung**

Die Gründe, warum sich Einzelhändler in einer Erfa-Gruppe engagieren, sind vielfältig: gegenseitiger Ansporn durch

gemeinsame Ziele und Ideen, Bildung von Netzwerken und Freundschaften, wechselseitige Unterstützung bei Problemen, Freude und Spaß beim offenen Erfahrungsaustausch und vor allem die Erträge des eigenen Unternehmens steigern. Die Mitglieder einer Erfa-Gruppe treffen sich in der Regel 2- bis 3-mal im Jahr bei jeweils einem Mitgliedsunternehmen vor Ort.

Bei den unter der fachlichen Leitung von Reiner Meichsner stattfindenden Erfa-Gruppen beginnt der Austausch in der Regel mit einer Betriebsbesichtigung und einer Mitarbeiteranalyse. Der sich anschließende intensive Themen- und Erfahrungsaustausch unter den gleichgesinnten Kaufleuten wird auch gern dafür genutzt, über den eigenen Tellerrand zu schauen und von den Erfahrungen der anderen zu profitieren.

Interessierte Einzelhändler sind herzlich willkommen und können sich für nähere Details gern an ihre Verbandsgeschäftsstelle oder direkt an Reiner Meichsner wenden.

Unternehmensberatung Reiner Meichsner

Erlenweg 18a | 24229 Dänischenhagen | Telefon: 04349-919445 | E-Mail: Reiner.Meichsner.Beratung@gmx.de



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Die tarifvertragliche Altersversorgung im Einzelhandel.

Eine innovative Branchenlösung für Arbeitgeber und
Mitarbeitende.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist die Absicherung im Alter ein wichtiges Thema. Vor diesem Hintergrund haben die Arbeitgeberverbände im Einzelhandel Tarifverträge zur Altersvorsorge geschlossen.



Für weitere Informationen oder ein Beratungsgespräch
nutzen Sie den QR-Code.



#Anfassbargut

Unsere Initiative für den Handel, in Kooperation mit:



Handelsverband